

Frage Nr. 1:

Art der Leistungserbringung: Eigenzustellung/Konsolidierung/Mischformen

Die Vergabeunterlagen sehen nach unserem Verständnis sowohl eine Konsolidierungsleistung mit Zustellung durch die Deutsche Post AG als auch eine Zustellung durch bzw. über den Auftragnehmer selbst vor. Dafür spricht auch, dass Vertragsgegenstand gemäß Ziffer 1 des Dienstleistungsvertrages „... die Zustellung von Briefsendungen nach § 12 Abs. 1 Satz 1 PostG ...“ und nicht allein die Auflieferung bei der DPAG ist.

Gleichzeitig verweisen der Vertrag und das Preisblatt mehrfach und einseitig auf „Konsolidierungsleistungen“ bzw. einen „Konsolidierungsprozess“.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Bestätigung, dass im Rahmen der Ausschreibung neben einer reinen Konsolidierungsleistung mit Zustellung durch die Deutsche Post AG auch Zustelleistungen durch bzw. über den Auftragnehmer selbst sowie entsprechende Mischformen (teilweise Eigenzustellung / teilweise Konsolidierung zur DPAG) zulässig sind. Gleichzeitig bitten wir um Anpassung der diesbezüglichen Regelungen in den Vergabeunterlagen, vor allem auch in den Preisblättern, den LV_Postdienstleistungen und den Verträgen.

Antwort hierauf:

Ja, Ihre Annahmen werden hiermit bestätigt.

Frage Nr. 2:

Art der Leistungserbringung: Eigenzustellung/Konsolidierung/Mischformen

Gemäß Leistungsverzeichnis werden die abzuholenden Briefe und Einschreiben „*frankiert und kuvertiert*“ durch den Auftraggeber übergeben. Angaben zur konkreten Art der Frankierung durch den Auftraggeber enthalten die Vergabeunterlagen jedoch nicht. Vor dem Hintergrund, dass nach unserem Verständnis sowohl Eigenzustellung, Konsolidierungsleistungen als auch Mischformen zulässig sein sollen, bitten wir um Informationen dazu, wie die Frankierung durch den Auftraggeber erfolgt und in welcher Weise hierbei die jeweiligen Zustellvarianten berücksichtigt werden?

Zudem bitten wir um Bestätigung, dass auf Wunsch des Auftragnehmers auch die Übernahme sogenannter „weißer Post“ (nicht frankierte Sendungen) möglich ist.

Antwort hierauf:

a)

Die Frankierung der Briefpost erfolgt über eine in der Poststelle des Auftraggebers eingesetzte Frankiermaschine. Die Aufteilung nach Zustellvarianten (Einschreiben, Dialogpost, etc.) erfolgt durch das Ausfüllen von Einlieferungslisten für Briefe, die bei täglicher Abholung der Hauspost mit übergeben werden.

b)

Die Übernahme sogenannter „weißer Post“ (nicht frankierte Sendungen) wird bestätigt.

Frage Nr. 3:

Briefformate

In den Tabellenblättern „Los 1 (innerhalb 45...)“ und „Los 2 (außerhalb 45...)“ der Preisauswertung sind u.a. die Briefformate Standard, Kompakt und Groß definiert. Darüber hinaus ist in diesen Tabellenblättern bei Einschreiben auch das Briefformat „Maxi“ angegeben, welches zuvor nicht definiert wurde. Wir bitten um Ergänzung der Beschreibung des Briefformates „Maxi“.

Die Deutsche Post AG (DPAG) hat angekündigt, zum 01.01.2027 die Gewichts- und Formatvorgaben der Basisprodukte im nationalen Briefversand anzupassen. Insbesondere sollen die zulässigen Maße für großformatige Sendungen (Groß- und Maxibrief) geändert werden. Die derzeit im Preisblatt aufgeführten Maße für den Großbrief (Angaben zum Maxibrief fehlen) basiert noch auf den aktuell gültigen Spezifikationen. Vor diesem Hintergrund bitten wir um Anpassung des Preisblatts beziehungsweise der Vergabeunterlagen.

Antwort hierauf:

a)

Das Briefformat „Maxi“ bezieht sich hierbei ausschließlich auf Einschreibesendungen. Diesbezüglich wurde eine Anpassung im Preisblatt vorgenommen. Eine geänderte Version des Preisblatts wird mit Beantwortung dieser Biiterrückfragen bereitgestellt.

b)

Die für 2027 angekündigten Änderungen bei den Format- und Gewichtsvorgaben werden in den dann lfd. Rahmenverträgen derart berücksichtigt, als dass sich hieraus entstehende Preisänderungen auf der Grundlage von Konditionen, die von der Bundesnetzagentur genehmigt werden, dann auch Vertragsbestandteil werden.

Mit Vertragsbeginn treten die angekündigten vorgenannten Änderungen noch nicht in Kraft, sodass eine diesbezügliche Anpassung der Vergabeunterlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt obsolet ist.

Frage Nr. 4:

Kostenstellen

Die Vergabeunterlagen enthalten keine Hinweise auf Kostenstellen. Wir gehen daher davon aus, dass keine Kostenstellen zu berücksichtigen sind und bitten diesbezüglich um Bestätigung.

Antwort hierauf:

Kostenstellen sind eingeschränkt nur bei der Übergabe von nicht frankierter Post zu berücksichtigen. In diesem Fall muss das anbietende Unternehmen eine Anzahl von mindestens 100 bis 130 Kostenstellen bei der Verarbeitung von Briefsendungen und Abrechnung von Leistungen vornehmen.

Frage Nr. 5:

Nachkommastellen

Es ist marktüblich, dass in Verträgen über Briefvolumina hiesiger Größenordnung Einzelpreise bis auf die vierte Nachkommastelle genau vereinbart werden (z. B. 0,1234 EUR). In der einzureichenden Anlage „Postdienstleistungen_2026_2029_Preisauswertung_LOSE“ werden die Preise auf 2 Nachkommastellen gerundet. Wir bitten Sie daher, das Preisblatt an die marktüblichen Gegebenheiten anzupassen.

Antwort hierauf:

Das Preisblatt wurde um vier Nachkommastellen angepasst (siehe bereitgestellte geänderte Version des Preisblatts).

Frage Nr. 6:

Preisblatt

Das derzeitige Preisblatt ermöglicht nach unserem Verständnis keine eindeutige und steuerrechtlich trennscharfe Abbildung der angebotenen Leistungen. Insbesondere werden sowohl potenziell umsatzsteuerfreie Portoleistungen als auch umsatzsteuerpflichtige Dienstleistungen (u.a. Konsolidierungsleistungen, Abholung sowie damit verbundene Serviceleistungen wie Nachforschung und Qualitätskontrolle) abgefragt, ohne dass hierfür separate Preispositionen vorgesehen sind.

Zwar enthält das Preisblatt ein erläuterndes Textfeld zur Angabe etwaiger mehrwertsteuerpflichtiger Leistungen. Dieses ersetzt aus unserer Sicht jedoch keine eindeutige preisliche Zuordnung der jeweiligen Leistungsbestandteile. Eine bloße textliche Erläuterung ermöglicht insbesondere keine belastbare und nachvollziehbare Trennung zwischen steuerfreien und steuerpflichtigen Preisanteilen innerhalb der abgefragten Positionen.

Dadurch bestehen aus unserer Sicht Unsicherheiten hinsichtlich:

- der kalkulatorisch zutreffenden Preisangabe,
- der einheitlichen Angebotswertung,
- der späteren Rechnungsstellung sowie
- der haushaltsrechtlich korrekten Berücksichtigung der Umsatzsteuer.

Eine sachgerechte, transparente und vergleichbare Kalkulation erscheint daher nur möglich, wenn die betreffenden Leistungsbestandteile im Preisblatt getrennt ausgewiesen werden.

Wir bitten daher um Bereitstellung eines entsprechend angepassten Preisblattes mit separaten Positionen insbesondere für:

- Porto,
- Konsolidierungsleistungen,
- Abholung,
- sonstige Service- bzw. Handlingleistungen.

Antwort hierauf:

Das Preisblatt wurde angepasst (siehe bereitgestellte geänderte Version des Preisblatts).

Frage Nr. 7:

Preisangabe von Einschreiben - Zusatzentgelt Einschreiben

Gemäß Preisblatt gehören Einschreiben, Einschreiben Einwurf und Einschreiben mit Rückschein zum Sendungsaufkommen. Wir davon aus, dass im Preisblatt hier das komplette Entgelt – Basisporto + Zusatzleistung, des jeweiligen Briefproduktes, angegeben werden soll. Wir bitten um Bestätigung, anderenfalls um Mitteilung, was gelten soll.

Antwort hierauf:

Ja, Ihre Annahme wird hiermit bestätigt.

Frage Nr. 8:

Textform

Gem. Ziffer 5.1.12 der Bekanntmachung ist eine elektronische Einreichung des Angebots zugelassen. Gleichzeitig enthalten die mit dem Angebot einzureichenden Verträge der jeweiligen Lose ein Unterschriftenfeld, andere Unterlagen fordern Firmenstempel.

Die elektronische Angebotsabgabe sieht keine händischen Unterschriften und keine Firmenstempel vor. Stattdessen werden Angebote elektronisch in Textform eingereicht, bei denen der Name des Bieters bzw. der erklärenden Person in Druckbuchstaben ausreichend ist.

Wir bitten um Bestätigung, dass in den Verträgen auf eine händische Unterschrift und den anderen Unterlagen auf Stempel verzichtet werden kann, und es ausreichend ist den Namen des Bieters bzw. der erklärenden Person in Druckbuchstaben einzutragen.

Antwort hierauf:

Für die Angebotsabgabe reicht aus, dass in den Rahmenvertragsunterlagen der Name des anbietenden Unternehmens aufgeführt wird und das eine autorisierte und erklärende Person in Druckbuchstaben eingetragen wird. Das Angebot ist in Textform einzureichen.

Der spätere Vertragsabschluss wird vollzogen, in dem beide Vertragsparteien den Rahmenvertrag je LOS rechtsgültig unterzeichnen und mit einem Stempel versehen.

Frage Nr. 9:

Anbieterverzeichnis

Gemäß Ziffer 3. der jeweiligen Verträge ist mit Vertragsabschluss gewährleistet, dass der Auftragnehmer und die von ihm beauftragten Subunternehmer für die Erbringung von Postdienstleistungen in das bei der Bundesnetzagentur geführte Anbieterverzeichnis eingetragen sind.

Wir bitten um Bestätigung, dass diese Bedingung auch dann als erfüllt gilt, wenn einzelne Subunternehmer noch nicht in das digitale Verzeichnis der Anbieter von Postdienstleistungen (Anbieterverzeichnis) bei der Bundesnetzagentur eingetragen sind, aber auf diese die Übergangsregelung nach § 112 PostG zutrifft

Antwort hierauf:

Eine Abweichung von der vorgegebenen Vertragsbedingung wird nicht zugelassen.

Frage Nr. 10:

Preiserhöhungen

Gemäß Ziffer 6.3 der jeweiligen Verträge sind Preiserhöhungen während der gesamten Vertragslaufzeit in folgenden Fällen zugelassen:

- Änderung/Anhebung der gesetzlichen Mehrwertsteuer
- Erhöhung bei den Portokosten bis zu der von der Bundesnetzagentur abgestimmten und genehmigten Obergrenze.
- Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns bzw. Erhöhungen auf der Grundlage von Tarifabschlüssen für Beschäftigte im Postdienst.

Hinsichtlich des zweiten Spiegelstrichs bitten wir um Bestätigung, dass hiervon ebenfalls Änderungen der Teilleistungsentgelte der Deutsche Post AG sowie hierauf beruhender Rabatte bzw. Konditionen erfasst sind.

Antwort hierauf:

Ja, dies wird bestätigt (siehe bereitgestellte geänderte Version der Vertragsinhalte je LOS).

Frage Nr. 11:

Außerordentliche Kündigung

Bezugnehmend auf Ziffer 9.3., wonach der Vertrag in bestimmten Fällen außerordentlich zum Monatsende gekündigt werden kann, bitten wir um Bestätigung, dass bei kündigungsrelevanten Umständen, die ausschließlich einen eingesetzten Subunternehmer betreffen, dem Auftragnehmer im Rahmen der vorgesehenen Stellungnahme zunächst die Möglichkeit eingeräumt wird, den betreffenden Subunternehmer auszutauschen und die Leistungserbringung ohne Qualitätseinbußen durch einen anderen geeigneten Subunternehmer oder durch die Deutsche Post AG fortzuführen.

Antwort hierauf:

Die zu treffende Maßnahme obliegt im Einzelfall dem Auftragnehmer.

Die Entscheidung darüber, welche Maßnahme als geeignet eingestuft wird, um eine außerordentliche Kündigung im Einzelfall abzuwenden, trifft hier ausschließlich der Auftragnehmer.

Frage Nr. 12:

Los 1 – Laufzeit

Bezugnehmend auf die in Anlage 1 zum Dienstleistungsvertrag festgelegten Zustellzeiten bitten wir vor dem Hintergrund der aktuellen Regelungen des Postgesetzes um Bestätigung, dass die Zustellziele ausschließlich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben mit 95 % E+3 und 99 % E+4 anzuwenden sind und auf einen zusätzlichen E+1-Zielwert verzichtet wird.

Antwort hierauf:

Die Laufzeitvorgabe E+1 wurde im LOS 1 gestrichen (siehe bereitgestellte geänderte Version des Leistungsverzeichnisses zu LOS 1).

Frage Nr. 13:

Nachweis Fachkunde

Gemäß der Anlage „Nachweise über die berufliche und fachliche Leistungsfähigkeit des anbietenden Unternehmens“ haben Bieter mit dem Angebot eine Unternehmensvorstellung, eine Beschreibung des Notfallplans sowie eine Beschreibung der Qualitätssicherung einzureichen.

Wir bitten um Bestätigung, dass diese Konzepte nicht wertungsrelevant sind.

Antwort hierauf:

Es handelt sich hierbei um Angaben, die ausschließlich für die Eignungsprüfung des anbietenden Unternehmens herangezogen werden.

Frage Nr. 14:

Haftung

Gemäß Ziffer 8 der jeweiligen Verträge haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden, die er oder die von ihm beauftragten Subunternehmen schuldhaft verursachen. Dies gilt auch bei leichter Fahrlässigkeit.

Alle Anbieter sind für die bundesweite Zustellung (Los 2) ergänzend auf die Inanspruchnahme von Leistungen der Deutschen Post AG (DPAG) angewiesen. Mit Ausnahme der DPAG selbst, müssen alle Anbieter die allgemeinen angebotenen Leistungen zu den allgemeinen Konditionen in Anspruch nehmen, z.B. mittels Teilleistungszugang nach § 54 PostG. Für die Leistungen, welche der Auftragnehmer zur Vertragserfüllung bei der DPAG einkaufen muss, gelten die Haftungsbeschränkungen der DPAG AGB Brief National. Vor diesem Hintergrund bitten wir um Bestätigung, dass der Auftragnehmer in diesen Fällen nicht für solche Schäden haftet, die allein auf ein Verschulden der DPAG zurückzuführen sind und auf die der Auftragnehmer keinen Einfluss hat.

Antwort hierauf:

Ja, dies wird bestätigt.

Frage Nr. 15:

Nachunternehmerunterlagen

In der mit dem Angebot einzureichenden „*Eigenerklärung über die Beauftragung von Nachunternehmern*“ haben Bieter die geplanten Nachunternehmer zu benennen. Für jeden zwecks einer Eignungsleihe genannten Nachunternehmer ist daneben die geforderte Nachunternehmererklärung (Seite 2 der „*Eigenerklärung über die Beauftragung von Nachunternehmern*“ beizufügen.

Ferner ist gemäß der „*Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§ 48 VgV)*“, diese auch von einem Bevollmächtigten des Nachunternehmers jeweils auf der Seite 2 abschließend mit einem Namen auszufüllen.

- a) Gem. § 34 SektVO bzw. § 36 VgV (beide Vorschriften sind wortgleich) sind die Namen der Nachunternehmer erst zu fordern, wenn ein Angebot eines Bieters in die engere Wahl kommt. Wenn Bieter schon bei der Angebotsabgabe verbindlich mitteilen müssen, welche Nachunternehmer sie bei der Ausführung einschalten wollen, müssten sich alle

**Offenes Verfahren über die Beauftragung von Postdienstleistungen 2026 – 2029 /
Vergabe-Nr. 19-2-2026-11459 / veröffentlicht am: 08.06.2026**

Ausschreibungsteilnehmer die Ausführung der gegenständlichen Leistung von den jeweils ins Auge gefassten Nachunternehmer bindend zusagen lassen, obwohl naturgemäß nur ein Unternehmen den Zuschlag erhält. Dies führt zu einer unzumutbaren Belastung für die Bieter (BGH, Urteil vom 10.06.2008 – X ZR 78/07).

Wir bitten daher, die Namen der Nachunternehmer sowie die geforderten diesbezüglichen Erklärungen wie Nachunternehmererklärung, „*Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§ 48 VgV)*“ erst dann zu verlangen, wenn das Angebot eines Bieters in die engere Wahl für den Zuschlag kommt und nicht gleich mit dem Angebot.

- b) Die den Vergabeunterlagen beigefügte „*Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§ 48 VgV)*“ ist ausdrücklich für den Bieter bestimmt (Name der zuständigen, erklärenden Person (Bieterfirma)). Wir bitten um Bestätigung, dass Bieter bei Weitergabe der „*Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§ 48 VgV)*“ an Nachunternehmer der Zusatz „(Bieterfirma)“ entfernt werden darf, ohne dass dies eine Veränderung der Vergabeunterlagen darstellt. Alternativ bitten wir um Bereitstellung einer angepassten Unterlage.
- c) Sofern mehr als fünf Nachunternehmer eingesetzt werden, bitten wir um Mitteilung, ob das Dokument „Eigenerklärung über die Beauftragung von Nachunternehmern“ vervielfältigt oder alternativ eine selbst erstellte Liste eingereicht werden darf.

Antwort hierauf:

- a) Die Eigenerklärung „über die Beauftragung von Nachunternehmern“ ist nach Aufforderung vor Zuschlagserteilung in Textform vorzulegen (siehe bereitgestellte geänderte Version dieser Eigenerklärung unter Eignung).
- b) Beim Ausfüllen der vorgenannten Eigenerklärung ist zu beachten:
„Bitte beachten, dass diese Erklärung mindestens vom Bieter und ggf. auch vom Nachunternehmer jeweils auf der Seite 2 abschließend mit einem Vor- und Nachnamen eines Bevollmächtigten vermerkt werden muss.“
Diese Anlage ist vorrangig von der Bieterfirma und auch von dem von ihr ausgewählten Nachunternehmer auszufüllen und zu unterzeichnen.
- c) In diesem Fall kann die vorgenannte Eigenerklärung entsprechend der Anzahl an Nachunternehmen vervielfältigt werden.

Frage Nr. 16:

DPAG-Einsatz

a)

Wir sind – wie alle Wettbewerber der Deutschen Post AG (DPAG) – darauf angewiesen, zumindest ergänzend die AGB-mäßigen Beförderungsleistungen der DPAG in Anspruch zu nehmen. Die DPAG erteilt insofern keine ausschreibungsbezogenen Auskünfte und gibt hierzu keine gesonderten Erklärungen oder Unterlagen heraus. Entsprechend ist es üblich, dass öffentliche Auftraggeber zur Öffnung des Wettbewerbs keine Nachweise oder sonstigen Angaben mit Blick auf die DPAG fordern. Wir gehen daher davon aus, dass ein Bieter in diesem Vergabeverfahren bei geplanter Inanspruchnahme von AGB-Leistungen der DPAG keine Nachweise, Unterlagen, Angaben, Eigenerklärungen oder ähnliches von oder für die DPAG vorlegen muss. Wir bitten um Bestätigung.

b)

Mit dem Angebot sind gemäß dem Dokument „*Nachweis_Fachkunde*“ eine **Beschreibung Notfallplan und eine Beschreibung bzw. Darstellung der Qualitätssicherung** einzureichen. Wir verstehen die Anforderungen an die Konzeptinhalte hier so, dass Bieter das „Ob“ einer vorgesehenen Inanspruchnahme der DPAG in den Konzepten angeben sollen. Wir gehen davon aus, dass der Bieter die DPAG-Leistungen und deren Abläufe an sich nicht beschreiben soll und es dem Bieter somit nicht zum Nachteil gereicht, wenn er das „Wie“ der DPAG-Leistungsausführung nicht beschreibt. Wie dargelegt handelt es sich um AGB-Leistungen, die die DPAG unabhängig vom Einlieferer zu gleichen Konditionen erbringt. Wir bitten vorsorglich um Bestätigung, dass unsere Auffassung mit dem Verständnis des Auftraggebers übereinstimmt.

Antwort hierauf:

a)

Ja, dies wird bestätigt.

b)

Ja, die Inanspruchnahme von Leistungen der DPAG muss hier nicht beschrieben werden.

Frage Nr. 17:

Referenzen

- a) Wir bitten um Klarstellung, ob Referenzen öffentlicher Auftraggeber gegenüber Referenzen privater Auftraggeber im Rahmen der Wertung bevorzugt behandelt werden.

Nach unserem Verständnis ist für die Eignung und Leistungsfähigkeit maßgeblich, ob vergleichbare Postdienstleistungen erfolgreich erbracht wurden. Die Vergleichbarkeit der Leistungserbringung ist aus unserer Sicht grundsätzlich nicht von der Eigenschaft des Auftraggebers als öffentlicher oder privater Auftraggeber abhängig.

Wir bitten daher um Klarstellung, dass bei den Losen 1 und 2 gleichwertige Referenzen privater Auftraggeber bei der Wertung in gleicher Weise berücksichtigt werden.

Sollten sie dieser Auffassung nicht zustimmen, bitten wir um Mitteilung der sachlichen bzw. rechtlichen Grundlage für eine unterschiedliche Bewertung von Referenzen öffentlicher und privater Auftraggeber.

- b) Anbietende Unternehmen müssen mindestens drei Referenzen angeben, die für die Beantwortung der nachfolgend aufgeführten Fragen sowohl telefonisch als auch per Mail kontaktiert werden können. Die „*Nachfolgend aufgeführte Fragen*“ finden sich in dem Dokument nicht. Wir bitten um zur Verfügungstellung.

- c) Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV zwar eine Liste der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Liefer- oder Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Liefer- bzw. Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers verlangt werden kann. Ob und wie der Referenzgeber erreichbar ist, ist nach dem Wortlaut der Vorschrift jedoch gerade nicht Bestandteil einer geeigneten Referenz, denn die Erreichbarkeit trifft keine Aussage über Qualität der erbrachten Referenzleistung des Bieters.

Die Bieter haben zudem keinen Einfluss auf etwaige Abwesenheiten des zuständigen Ansprechpartners beim Referenzgeber oder auf die dort bestehenden Vertretungsregelungen.

Wir gehen daher davon aus, dass eine vorübergehende Nichterreichbarkeit des Referenzgebers nicht zum Ausschluss des Bieters führt, und bitten insoweit um Bestätigung. Ein etwaiger Angebotsausschluss wegen fehlender Erreichbarkeit des Referenzgebers wäre darüber hinaus auch unzulässig. Ein Angebot kann aufgrund der in § 57 VgV genannten Gründe z.B. bei Nichterfüllung der Eignungskriterien ausgeschlossen werden. Die Erreichbarkeit des Referenzgebers ist aber schon kein zulässiges Eignungskriterium (s.o.).

**Offenes Verfahren über die Beauftragung von Postdienstleistungen 2026 – 2029 /
Vergabe-Nr. 19-2-2026-11459 / veröffentlicht am: 08.06.2026**

- d) Zu jeder Referenz müssen Bieter eine Angabe über die Höhe des Auftragsvolumens (ohne MwSt.) pro Jahr im vorgenannten Vertragszeitraum machen. Wesentlich ist hierbei, dass nur Referenzen angegeben werden, mit denen in Bezug auf das Postaufkommen vergleichbare Jahresvolumina befördert wurden, wie in den LOSEN 1 bis 3 vorgegeben.

Wir bitten um Bestätigung, dass Bieter welche auf mehr als ein Los ein Angebot abgeben auch drei Referenzen zusammenfassend für alle Lose einreichen dürfen, sofern die kumulierten Jahresvolumina der betreffenden Lose abgedeckt werden.

- e) Wir bitten ferner um Bestätigung, dass sich die Vergleichbarkeit der Dienstleistungsverträge auf *„Art und Umfang der Sendungen: in Bezug auf das Postaufkommen vergleichbare Jahresvolumina, wie in den LOSEN 1 bis 3 vorgegeben“* beziehen.

Antwort hierauf:

a)

Nein, Ihre Annahme ist falsch. Es wird eine geänderte Version der Anlage „Referenzprüfung“ bereitgestellt.

b)

In diesem Zusammenhang wird auf die geändert bereitgestellte Anlage „Referenzprüfung“ verwiesen.

c)

Nein, Ihre Annahme ist falsch.

Nach der geltenden Rechtsprechung kann der öffentliche Auftraggeber von einem nicht erbrachten Nachweis der Eignung ausgehen, wenn dieser die vorgelegten Referenzen nicht überprüfen kann. Insbesondere dann, weil die benannte Kontaktperson der Referenz nicht erreicht werden kann oder auf die Anfragen des öffentlichen Auftraggebers nicht reagiert wird. In diesen Fällen muss eine Referenz des Bieters nicht gewertet werden (vgl. VK Hessen, Beschl. vom 18.12.2027, 69d-VK-2-38/2017). Können Referenzen nicht überprüft werden und ist von einem nicht erbrachten Nachweis der Eignung auszugehen, kann das Angebot wegen mangelnder Eignung ausgeschlossen werden.

d)

Ja, dies wird bestätigt.

Frage Nr. 18:

Leistungskriterium 6 - Datenerhebung der Bundesnetzagentur

- a) Nach den Vergabeunterlagen wird die höchste Punktzahl für Konzepte vergeben, bei denen die Datenübermittlung über ein öffentlich zugängliches, unternehmenseigenes Portal erfolgt. Gleichzeitig bezieht sich die zugrunde liegende Datenerhebung der Bundesnetzagentur nach § 76 Abs. 2 Satz 1 PostG ausschließlich auf Anbieter, die im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von mehr als 50 Mio. EUR im Bereich der Brief- und Paketbeförderung in Deutschland erzielen. Anbieter unterhalb dieser Schwelle unterliegen dieser systematischen Datenerhebung nicht.

Vor diesem Hintergrund führt das Kriterium in der vorgesehenen Ausgestaltung zu einer strukturellen Ungleichbehandlung im Wettbewerb, da die Referenzanforderung (Teilnahme an bzw. Strukturierung der BNetzA-Datenerhebung sowie entsprechende standardisierte Reporting- und Portalprozesse) typischerweise nur bei den verpflichtend erfassten Großanbietern vorhanden ist, während kleinere und mittlere Anbieter diese Strukturen regelmäßig nicht vorhalten müssen und daher faktisch nicht in gleicher Weise die Maximalpunktzahl erreichen können.

Dies führt zu einer mittelbaren Marktzugangsbeschränkung bzw. Wettbewerbsverzerrung, da ein Wertungskriterium an regulatorische Berichtspflichten gekoppelt wird, die nur für einen Teil des Marktes gelten.

- b) Darüber hinaus ist die Anforderung zur Vorlage eines Konzepts der Datenerhebung und Datenübermittlung nach § 76 PostG aus unserer Sicht derzeit nicht hinreichend bestimmt.

Nach § 76 Abs. 3 PostG sollen die näheren Anforderungen insbesondere hinsichtlich der zu ermittelnden Emissionsdaten, der Form und des Detailgrads der Datenbereitstellung sowie der anzuwendenden Standards erst durch eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz festgelegt werden. Eine entsprechende Rechtsverordnung liegt unserer Auffassung nach, derzeit noch nicht vor. Damit fehlen die verbindlichen Vorgaben für Inhalt, Umfang und technische Ausgestaltung der Datenerhebung und Datenübermittlung.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Streichung dieses Leistungskriteriums.

Antwort hierauf:

Diese Leistungsanforderung wird gestrichen. Es wird eine geänderte Version der Anlage „Postdienstleistungen 2026 – 2029_Listungsbewertung“ bereitgestellt.

Frage Nr. 19:

Leistungskriterium 9 - Information über wesentliche Produktinformationen

Das Leistungskriterium 9 verweist auf § 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1–5 PostG zur Bereitstellung wesentlicher Produktinformationen gegenüber Endkunden.

In Bezug auf diese Wertungsanforderung bestehen rechtliche Bedenken.

- a) Für die Höchstwertung wird vorausgesetzt, dass die betreffenden Informationen automatisiert über eine unternehmenseigene, öffentlich zugängliche Website mittels Direktlink bereitgestellt werden.

§31 Abs.1 PostG verpflichtet Anbieter lediglich dazu, Endkunden wesentliche Produktinformationen in transparenter, verständlicher, leicht zugänglicher und vollständiger Form zur Verfügung zu stellen. Der genannte Paragraph enthält keine Verpflichtung zur automatisierten Bereitstellung über eine öffentlich zugängliche Unternehmenswebsite oder über einen öffentlichen Link.

Das Wertungskriterium begünstigt Anbieter, die über ein Endkunden-Produktportfolio mit öffentlich zugänglichen Informationsstrukturen verfügen, während Anbieter mit reinem Geschäftskundenfokus benachteiligt werden, obwohl diese die ausgeschriebene Leistung ebenfalls vollumfänglich erbringen können.

- b) Zudem richtet sich § 31 PostG an Informationspflichten gegenüber „Endkunden“. Der öffentliche Auftraggeber tritt im vorliegenden Vergabeverfahren jedoch nicht als Endkunde im Sinne der Vorschrift auf.

Nach § 31 Abs. 2 PostG kann die Bundesnetzagentur nähere Vorgaben durch Allgemeinverfügung festlegen. Soweit ersichtlich, besteht derzeit jedoch keine Allgemeinverfügung, welche die in den Vergabeunterlagen geforderte konkrete Form der Bereitstellung vorgibt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir zur Streichung dieses Kriterium auf.

Alternativ bitten wir um Klarstellung, auf welcher gesetzlichen Grundlage die konkrete Ausgestaltung der Informationsbereitstellung als Wertungskriterium vorgegeben wird und weshalb alternative Formen der Erfüllung der gesetzlichen Informationspflichten ausgeschlossen bzw. schlechter bewertet werden.

Antwort hierauf:

Die Anforderung des Leistungskriteriums Nr. 8 wird nicht gestrichen (siehe aktualisierte Anlage „Postdienstleistungen 2026 – 2029_Leistungsbewertung). Endkunden im Sinne des Postgesetzes sind sowohl natürliche Personen (Privatkunden) als auch juristische Personen (Geschäftskunden). Öffentliche Auftraggeber treten hier als Geschäftskunde auf. Lt. den

**Offenes Verfahren über die Beauftragung von Postdienstleistungen 2026 – 2029 /
Vergabe-Nr. 19-2-2026-11459 / veröffentlicht am: 08.06.2026**

Regelungen des Postgesetzes wird bei der Bezeichnung Endkunden nicht zwischen Geschäfts- und Privatkunden unterschieden.

Mit dieser Leistungsanforderung wird dem anbietenden Unternehmen nicht vorgegeben, wie die Umsetzung der Informationspflicht nach § 31 Abs. 1 Postgesetz (PostG) dargestellt werden muss. Es wird hierbei lediglich bewertet, in welcher Form, also mit welchen Mitteln das anbietende Unternehmen die hier gesetzlich vorgegebene Bereitstellung von Informationen abbildet.

Frage Nr. 20:

Leistungskriterium 10 - Nachforschungsaufträge

Das Leistungskriterium 10 verweist auf § 32 PostG zur Nachforschung.

In Bezug auf diese Wertungsanforderung bestehen rechtliche Bedenken.

- a) Bei einfachen Briefsendungen ohne Sendungsverfolgung sind Nachforschungen nur eingeschränkt möglich. Wir bitten um Bestätigung, dass sich die Anforderung und insbesondere die vorgegebenen Reaktionszeiten bei Nachforschungsaufträgen ausschließlich auf nachweispflichtige bzw. sendungsverfolgbare Sendungen (z. B. Einschreiben oder Postzustellungsaufträge) beziehen.
- b) Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass § 32 PostG lediglich die Durchführung und unverzügliche Bearbeitung von Nachforschungsaufträgen regelt. Konkrete Vorgaben zu:
 - einer öffentlich zugänglichen Weblösung,
 - automatisierten Prozessen,
 - oder festen Bearbeitungs- und Rückmeldefristenenthält die Vorschrift nach unserem Verständnis nicht.

Ebenso ist uns keine Allgemeinverfügung der Bundesnetzagentur bekannt, die die konkrete technische oder organisatorische Ausgestaltung von Nachforschungsaufträgen entsprechend vorgibt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir zur Streichung dieses Kriterium auf.

Antwort hierauf:

Die Anforderung des Leistungskriteriums Nr. 9 wird nicht gestrichen (siehe aktualisierte Anlage „Postdienstleistungen 2026 – 2029_Listungsbewertung). Bewertet wird hier nicht die grundsätzliche Umsetzung der gesetzlichen Regelung.

Es wird hierbei lediglich bewertet, mit welchen Möglichkeiten beim anbietenden Unternehmen Nachforschungsaufträge, also entsprechende Anfragen vom Kunden dort entgegengenommen werden und mit welcher Bearbeitungszeit in der Regel eine Rückmeldung an den Kunden erfolgt. Die Tatsache, dass hierbei im Einzelfall längere Bearbeitungszeiten entstehen können bzw. die Qualität von Rückmeldungen dahingehend, ob im Einzelfall ein Nachforschungsauftrag erfolgreich abgeschlossen wird oder nicht, ist in diesem Zusammenhang nicht bewertungsrelevant.

Frage Nr. 21:

Leistungskriterium 12 – Versicherung Einschreiben

Um für das Leistungskriterium 12 die volle Punktzahl zu erhalten, müssen Einschreiben ohne Aufpreis gegen Verlust und Beschädigung mindestens bis zu einem Wert von 500,00 EUR versichert sein; zusätzlich soll gegen Aufpreis eine Versicherung von mehr als 1.000,00 EUR möglich sein. Gemäß Preisblatt betrifft dies die Produkte „Einschreiben“, „Einschreiben Einwurf“ und „Einschreiben Rückschein“.

Hierzu bitten wir um Überprüfung der Anforderungen und der vorgesehenen Wertungssystematik.

Wie bereits dargestellt, sind alle Bieter, unabhängig davon, ob alternative Postdienstleister oder Konsolidierer, für die bundesweite Zustellung ergänzend auf Leistungen der Deutschen Post AG angewiesen. Für die nachgefragten Produkte bestehen dort jedoch lediglich folgende Haftungsgrenzen:

„[Haftung bei Verlust oder Beschädigung](#)“

Im Falle von Verlust oder Beschädigung Ihrer Sendung haftet die Deutsche Post bis zur Höhe des unmittelbaren Schadens, jedoch max. bis zu einer Höhe von 25 € bei EINSCHREIBEN STANDARD (inkl. Zusatzoption Rückschein) beziehungsweise 20 € bei EINSCHREIBEN EINWURF. Es dürfen keine wertvollen Gegenstände und kein Bargeld verschickt werden. Ausnahmen sind Briefmarken, einzelne Fahrkarten und einzelne Eintrittskarten.

Wertvolle Inhalte der Valorenklasse II (z. B. Schmuck, Edelsteine, Münzen, Tickets oder wichtige Dokumente) bis zu einem Wert von 500 € pro Brief oder Bargeld und andere Zahlungsmittel bis zu einem Wert von 100 € pro Brief dürfen als EINSCHREIBEN Wert (ehmalig. Wertbrief) verschickt werden. Im Falle von Verlust, Teilverlust oder Beschädigung einer EINSCHREIBEN Wert (ehmalig. Wertbrief) Sendung haftet die Deutsche Post bei Wertgegenständen für den nachgewiesenen Wert maximal bis 500 €, bei Bargeld maximal bis 100 €.

Ersatzleistungen sind nur gegen Vorlage des Einlieferungsbelegs möglich oder wenn die Sendung in unserem Sendungsverfolgungssystem nachweisbar ist. Im Verlustfall

Offenes Verfahren über die Beauftragung von Postdienstleistungen 2026 – 2029 / Vergabe-Nr. 19-2-2026-11459 / veröffentlicht am: 08.06.2026

einer EINSCHREIBEN Wert (ehmalig. Wertbrief) Sendung ist die Vorlage des Einlieferungsbeleges zwingend erforderlich.

Es gelten die [Allgemeinen Geschäftsbedingungen](#) der Deutschen Post BRIEF NATIONAL in der jeweils gültigen Fassung."

(Quelle: <https://www.deutschepost.de/de/e/einschreiben.html>)

Eine Versicherung bis 500 EUR besteht bei der Deutschen Post ausschließlich für das gesonderte Produkt „Einschreiben Wert“. Dieses Produkt ist im vorliegenden Vergabeverfahren jedoch weder ausgeschrieben noch nachgefragt.

Vor diesem Hintergrund erscheint die vorgesehene Bewertungssystematik nicht erfüllbar, da kein Bieter für die konkret ausgeschrieben Produkte die Anforderungen für die volle Punktzahl anbieten kann.

Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass nach den Vorgaben des Postgesetzes lediglich Postuniversaldienstleistungen zu den allgemeinen Geschäftsbedingungen des jeweiligen Anbieters umsatzsteuerbefreit erbracht werden können. Individuell vereinbarte Zusatzleistungen oder hiervon abweichende Haftungsregelungen würden demgegenüber regelmäßig nicht mehr unter die gesetzliche Umsatzsteuerbefreiung fallen. Vor diesem Hintergrund ist eine individuelle Erweiterung der Haftungsgrenzen für die ausgeschrieben Einschreibenprodukte marktseitig weder üblich noch wirtschaftlich sachgerecht darstellbar. Wir bitten daher um Prüfung, ob das Leistungskriterium 12 entfällt oder dahingehend angepasst wird, dass die Anforderungen den tatsächlich ausgeschrieben Produkten entsprechen.

Aus unserer Sicht wäre sachgerecht, die volle Punktzahl bereits dann zu gewähren, wenn: 25 € bei EINSCHREIBEN STANDARD (inkl. Zusatzoption Rückschein) beziehungsweise 20 € bei EINSCHREIBEN EINWURF gegen Verlust und Beschädigung versichert sind.

Antwort hierauf:

Diese Leistungsanforderung wird gestrichen (siehe hierzu die geänderte Version der Anlage „Postdienstleistungen 2026 – 2029_Leistungsbewertung.“

Frage Nr. 22:

Sendungsströme

Laut den Vergabeunterlagen werden die Sendungen des Loses 2 bundesweit, außerhalb der Leitregion 45... zugestellt.

Um das Angebot für Ihr Haus möglichst präzise kalkulieren zu können, sind weitere Angaben zur räumlichen Sendungsverteilung hilfreich.

Wir bitten daher um Mitteilung, wie sich der Anteil der Sendungen bei Los 2 auf die einzelnen Leitregionen verteilt, z. B. durch Mengen je Sendungsart/ pro Leitregion.

Antwort hierauf:

Eine Aussage zur räumlichen Verteilung von bundesweiten Sendungen ist hier nicht möglich. Diesbezüglich werden keine Erhebungen vorgenommen oder sonstige Wertangaben ermittelt.

Frage Nr. 23:

Unzustellbare Sendungen

Laut den Leistungsbeschreibungen erfolgt die Briefzustellung gemäß § 12 Postgesetz (PostG). In den Fällen von unzustellbarer Briefpost gemäß § 12 Abs. 4 PostG, soll das mit der Zustellung beauftragte Unternehmen den Auftraggeber mindestens einmal pro Monat per Mail über die von ihm ausgeschlossenen Empfangsadressen informieren.

§ 12 Abs. 4 PostG bezieht sich auf Empfänger, deren Adresse nur unter unverhältnismäßigen Schwierigkeiten zu erreichen ist oder denen eine geeignete und zugängliche Vorrichtung für den Empfang von Briefsendungen fehlt. Weitere Informationen bezgl. des Umgangs mit unzustellbaren Sendungen finden sich in den Vergabeunterlagen nicht.

Wir bitten daher um Bestätigung, dass

- a) Unzustellbare Sendungen aufgrund des Umzuges des Empfängers bei Vorliegen einer Nachsendeadresse an diese Adresse zugestellt werden sollen.
- b) Alle weiteren unzustellbaren Sendungen an den Auftraggeber zurückgegeben werden sollen.
- c) Für diejenigen Sendungen, welche über die DPAG zugestellt werden, der Auftraggeber selbst einen Vertrag mit der Deutschen Post AG über das Produkt PremiumAdress abschließt.

Wie bereits dargestellt, sind alle Bieter, unabhängig davon, ob alternative Postdienstleister oder Konsolidierer, für die bundesweite Zustellung ergänzend auf Leistungen der Deutschen Post AG angewiesen.

Für Sendungen, die über das Netz der Deutschen Post AG zugestellt werden, erfolgt die Bereitstellung von Informationen zu unzustellbaren Sendungen systemseitig über die jeweiligen Rückmeldeprozesse der Deutschen Post AG - wie über das Produkt PremiumAdress.

d)

Wir bitten um Bestätigung, dass die hierüber bereitgestellten elektronischen Unzustellbarkeitsinformationen die Anforderungen der Leistungsbeschreibung an die monatliche Information über ausgeschlossene Empfangsadressen (§ 12 Abs. 4 PostG) erfüllen und keine gesonderte manuelle monatliche Sammelmeldung per E-Mail erforderlich ist.

Antwort hierauf:

a)

Ja, dieses Vorgehen wird bestätigt.

b)

Ja, dieses Vorgehen wird bestätigt.

c)

In diesen Fällen wird eine Regelung mit der DPAG vereinbart.

d)

Die Bereitstellung über Unzustellbarkeitsinformationen für Sendungen, die über das Netz der DPAG laufen, erfüllen die Anforderungen lt. dem vorgegebenen Leistungsverzeichnis.

Frage Nr. 24:

Betriebshaftpflichtversicherung

Dem Angebot ist eine in Umfang und Deckungshöhe dem zu vergebenden Auftrag entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung beizufügen. Hierzu wird um Vorlage einer aktuellen Bestätigung der Versicherung über die Deckung gebeten. Diese Bestätigung darf zum Angebotsabgabetermin nicht älter als 3 Monate bzw. darf die in der Bescheinigung erklärte Gültigkeitsdauer noch nicht abgelaufen sein.

Wir verstehen diese Anforderung so, dass die Bestätigung älter als 3 Monate sein darf, sofern diese das Bestehen des Versicherungsschutzes über das Datum der Angebotsfrist hinaus, sowie die jährliche Verlängerung bestätigt. Wir bitten um Bestätigung.

Antwort hierauf:

Ja, dies wird hiermit bestätigt.